

### 20. Jahrestagung des Kwangju-Aufstandes: Achillesferse der südkoreanischen Demokratie oder ein Mythos?

Man-su, Kim

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**  
GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Man-su, K. (2000). 20. Jahrestagung des Kwangju-Aufstandes: Achillesferse der südkoreanischen Demokratie oder ein Mythos? *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 102-122. <https://doi.org/10.11588/kjb.2000.0.2532>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

#### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

## **20. Jahrestag des Kwangju-Aufstandes: Achillesferse der südkoreanischen Demokratie oder ein Mythos?**

Kim Man-su

### **1 Mai 1980 – Kwangju-Aufstand und Kwangju-Massaker**

Überall ist vom neuen Jahrtausend mit rosigen Zukunftsaussichten die Rede. In Südkorea sind sie aber (noch) nicht so rosig, denn dort ist nicht einmal das Unrecht von vor 20 Jahren wieder gutgemacht. Im Jahr 2000 ist der 20. Jahrestag des Kwangju-Aufstandes vom 18. Mai 1980. In der Tat ist Kwangju längst vorbei und vergessen, außer von den Betroffenen. Für die Frage der substanziellen und nicht allein formalen Demokratie sind aber Kwangju und der damit verbundene Regionalismus immer noch aktuell.

Selbst Adjektive wie „brutal“ oder „grausam“ reichen nicht aus, um das Kwangju-Massaker vor 20 Jahren angemessen zu beschreiben. Der damalige Fallschirmjäger-Kommandeur der Armee und Chef des Militärgeheimdienstes Chun Doo-hwan und seine Elitetruppen hatten einfach aufgehört, Menschen zu sein.<sup>1</sup> Das Kwangju-Massaker war ein Ereignis solch abscheulicher Art, dass man sich nicht vorstellen kann, dass es vor 20 Jahren und nicht vor 200 Jahren stattgefunden hat. Im Rahmen dieses Massakers unter der Führung von Chun wurden etwa 2.000 Bürger in Kwangju, in der sogenannten „Rebellen-Stadt“, getötet und etwa 10.000 Menschen verletzt. Dadurch wurde die Hoffnung des Minjung – des unterdrückten und leidenden Volkes<sup>2</sup> (Baum 1988; Lienemann-Perrin 1992: 170-223) – auf Demokratie zunichte gemacht. Danach herrschte „Friedhofsruhe“. Nach einem kurzen „Seouler Frühling“, nach der Ermordung von Militärdiktator Park Chung-hee durch seinen Geheimdienstchef Kim Jae-kyu (26.10.1979), kam ein extrem kalter „Winter“. Die Studenten-, die Arbeiter-, die Bauern- und die Oppositionsbewegung wurden erstickt, die Führer der Demokratiebewegung festgenommen – selbstverständlich ohne Haftbefehl – und gefoltert, politische Gefangene, die kurz zuvor entlassen worden waren, wurden wieder verhaftet, Universitäten geschlossen: eine angstvolle Atmosphäre, das „Park-System ohne Park“ (Luther 1981: 75) stellte sich ein. Mit einem Wort: Demokratie war zum Tabuthema geworden.

---

<sup>1</sup> Zu Beschreibungen und Zeugenaussagen zum Kwangju-Massaker siehe *Korea-Zeitung* (1980), o.V. (1980a, 1980b) sowie epd Dokumentation (1980).

<sup>2</sup> Nach Song (1988: 22) bleibt der Begriff Minjung „ein unübersetzbares Wort. Minjung ist weder das ‚Volk‘ im ethnischen und nationalen Sinne noch ein Klassensubstrat (etwa das Proletariat im marxistischen Sinn), es bedeutet eher eine dynamische Klassenallianz aller Unterdrückten. In der Hinsicht steht Minjung eher Begriffen wie ‚El pueblo‘ (Lateinamerika) oder ‚Narod‘ (Russland) nahe.“

Im Klima dieser Schreckensherrschaft ging Chun nunmehr systematisch daran, die politische Macht an sich zu reißen. Seine Machtambitionen waren bereits im April, also vor dem Massaker, erkennbar, als er, Chef des Militärgeheimdienstes, ebenfalls Chef des Geheimdienstes wurde. Damit wurde er zum „mächtigsten“ Mann Südkoreas. Der Plan zur Ergreifung der politischen Macht wurde überdeutlich sichtbar, als Chun Ende Mai, also unmittelbar nach dem Massaker, ein so genanntes Special Committee for National Security Measures (Kukbowi) als „beratendes Organ“ des Staatspräsidenten Choi Kyu-ha ins Leben rief. Chun ernannte sich selbst zum Vorsitzenden des Ständigen Leitenden Ausschusses (unter den 31 Mitgliedern befanden sich 19 Generäle) des Sonderkomitees. Der Ausschuss übte durch „Koordination“ der zivilen und militärischen Behörden faktisch die politische Macht im Lande aus. Darüber hinaus wurden noch 13 weitere untergeordnete Komitees in der Art von Ministerien gebildet, wie Inneres, Justiz, Kultur etc.; in seiner Struktur ähnelte das Komitee völlig einer Regierung und bildete in der Tat eine „Parallelregierung“ (Seywald 1983: 12) neben der offiziellen Interimsregierung von Choi, der Regierung nach Parks Tod. Genaugenommen war dieses Komitee nicht eine Parallel-, sondern eine Regierung über der Regierung, eine „Überregierung“.

Nach der Gründung der Überregierung säuberte Chun im Namen der Reform von Ende Juli an Presse und Medien; im Rahmen der sogenannten „Abschaffung und Vereinigung der Medien“ wurden 707 Journalisten entlassen, insgesamt 64 Medien (Zeitungen, Rundfunk, Nachrichtenagenturen) wurden auf 23 reduziert, und 172 Periodika wurde ihre Lizenz entzogen (Kim 1993: 82-93). Dabei handelte es sich nicht allein um korrupte Journalisten oder um obszöne oder kriminelle Zeitschriften, sondern gerade um regimekritische oder demokratisch gesinnte Journalisten und Presseorgane. Im Dezember wurde dann das sogenannte „Grundgesetz für die Presse“ verkündet, um so die Medien auf den Weg zur politischen Instrumentalisierung für die Militärdiktatur von Chun zu zwingen. Folge davon: Chun hatte die Presse und die übrigen Medien völlig unter seine Kontrolle gebracht.

Auf der anderen Seite benutzte Chun zur Machtergreifung eine andere „Säuberungskampagne“, um in der Bevölkerung ein gutes politisches Image zu gewinnen. Während der von Chun initiierten und kontrollierten Kampagne wurden insgesamt 8.601 – meistens angeblich korrupte – Staats- und öffentliche Beamte bis Juli entlassen (*Hankyoreh Shinmun*, 24.1.1996).

Von den Säuberungen blieb nicht einmal der Sicherheitsdienst (KCIA) verschont. Der Präsident der Regierungspartei DRP [...], Kim Jong-pil, und neun andere Politiker der Partei wurden von Chun beschuldigt, unter Park illegal ein riesiges Vermögen angehäuft zu haben; gegen die Zusicherung der Straffreiheit händigten diese Politiker ihre Privatvermögen dem Staat aus. Weiter sagten sie zu, dass sie sich in Zukunft nicht mehr um politische Ämter bewerben würden. 232 Spitzenbeamte, darunter ein Kabinettsminister und fünf Vizeminister, verloren ihre Ämter; 117 Abteilungsleiter verschiedener Ministerien traten von ihren Posten zurück. [...] Im Juni wurden 300 KCIA-Beamte wegen Machtmissbrauch, Unfähigkeit und Korruption entlassen (Pohl 1986: 31-32).

Eine andere Säuberungsaktion erfolgte im Rahmen der sogenannten Umerziehungskampagne Samchông (drei Säuberungen). Die gemeinsame Aufklärungstruppe der Polizei und des Militärs verhaftete angeblich „korrupte Bürger“ auf den Straßen. Bei ihnen handelte es sich nicht nur um Bürger mit Tätowierungen oder früheren Vorstrafen. Viele „normale“ Bürger wurden zur Einhaltung der vorgegebenen Quote an Verhaftungen, die von oben angeordnet worden war, festgenommen. So oder so erfasste Samchông mehr als 60.000 Menschen, die sich verschiedenen Programmen unterziehen mussten; sie sollten beschließen, ein neues Leben anzufangen, mussten Arbeitsdienst leisten, z.B. die Errichtung militärischer Anlagen. Sie wurden geschlagen und gefoltert. Viele Menschen wurden dabei getötet oder verletzt. In Wirklichkeit war Samchông ein staatlich organisierter, systematischer und dauerhafter Terror mit militärischer Gewalt gegen die Bürger (epd Dokumentation 6/82).

Nach all diesen Gewaltakten, die gleichzeitig vorangetrieben wurden, gelang Chun schließlich an die Macht; Choi trat im August 1980 zurück. Anschließend ließ Chun die „Wahl“ zur Präsidentschaft nach der immer noch geltenden berüchtigten Yushin-(Erneuerungs-)Verfassung der Park-Ära durchführen und eroberte so die Staatsmacht (1.9.1980). Beim Antritt des Präsidentenamtes verkündete Chun „Demokratie, Gerechtigkeit und allgemeine Wohlfahrt“ als Grundprinzipien seiner Politik und plädierte für eine „neue Ära“ und eine „neue Nation“.

Im Oktober wurde die von Chun vorgelegte neue Verfassung im Referendum mit 91,6% verabschiedet. Er wurde im Februar 1981 nach der geänderten Verfassung mit 78,1% der Stimmen des etwa 5.000-köpfigen Wahlmännerkollegiums für weitere sieben Jahre zum Staatspräsidenten gewählt (Pohl 1986: 20). Damit begann die berüchtigte V. Republik. Bei der Parlamentswahl im März – die Oppositionsparteien waren während des Wahlkampfes weitgehend behindert worden – erhielt die DJP (Democratic Justice Party) von Chun mit 151 der 276 Mandate die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Damit war die politische Herrschaft des Chun-Regimes innenpolitisch gesichert.

Großzügige 10 Mio. US\$, die Chun für den Wahlkampf des konservativen Präsidentschaftskandidaten Reagan in den USA gegen den sogenannten „Menschenrechtspräsidenten“ Carter spendiert haben soll, und ebenso großzügige Waffenkäufe sowie schließlich der Wahlsieg von Reagan führten zur Anerkennung des Massaker-Regimes von Chun durch die US-amerikanische Regierung. (Nicht nur) dank dieser Leistungen lud der damalige frisch gewählte US-Präsident Reagan als erstes ausländisches Staatsoberhaupt Chun Anfang 1981 ein und empfing ihn im Weißen Haus. Damit war das Chun-Regime international anerkannt, denn die US-amerikanische Anerkennung einer südkoreanischen Regierung – auch einer militärdiktatorischen – bedeutete traditionell die gleichzeitige internationale Anerkennung derselben. Damit stand das Chun-Regime auch außenpolitisch auf festem Boden.

So begann wieder die Schreckensherrschaft nach dem Park-Regime und Yushin-System.<sup>3</sup> Vom Massaker bis zum Sommer 1987 wurde die Politik der Unterdrückung der Arbeiter-, Studenten-, Oppositions- und Demokratiebewegung unvermin-

<sup>3</sup> Ein Psychogramm der südkoreanischen Militärdiktatur liefert der Roman von Yi (1999).

dert fortgesetzt. In der Innenpolitik wurde die Ideologie des Kalten Krieges ausgenutzt, indem die Angst der Bürger wegen Nordkorea geschürt wurde; Team Spirit, ein seit 1976 existierendes Militärmanöver der koreanischen und amerikanischen Truppen – das größte Manöver außerhalb Westeuropas, an dem US-amerikanische Truppen teilnahmen –, war ein Instrument für diese Angst (Grabowsky 1987: 370).

Als Folge dieser Politik der rigorosen Repression war während der Zeit des Chun-Regimes auch der Name Kwangju ein absolutes Tabu.

## **2 Juni 1987 – Juniaufstand und die sogenannte „Acht-Punkte-Erklärung“**

Trotz der schrecklichen Diktaturherrschaft und Unterdrückung des Chun-Regimes wurde die Demokratiebewegung vor allem von 1984 an langsam wieder aktiv und massiver. Dabei spielten der Protektionismus und die Restriktionspolitik der USA, die seit 1984 immer stärker wurden („Farbfernseherkrieg“), sowie das schwache Wirtschaftswachstum und die schlechte sozioökonomische Lage der arbeitenden Bevölkerung eine große Rolle. Außerdem waren April (Aprilrevolution von 1960), Mai (Tag der Arbeit, Tag des Kwangju-Aufstandes 1980) sowie August (Tag der Unabhängigkeit vom japanischen Kolonialismus am 15. August 1945) ohnehin „traditionell“ die Zeit, in der Demonstrationen der militanten Studentengruppen für Demokratie und Wiedervereinigung stattfanden. So führten vor allem die radikalen Studenten auch während der schlechten Zeit seit 1980 die Demokratiebewegung. Im Mai 1984 wurde der Council for the Promotion of Democracy (CPD) gegründet, die Dachorganisation aller Oppositions- und Dissidentengruppen, und Kim Young-sam, damals einer der beiden führenden Oppositionspolitiker, erklärte die Erreichung demokratischer Verhältnisse unter einer Zivilregierung zum obersten Ziel des CPD.

Das Konzept des CPD war zu dieser Zeit auf die Änderung der von Chun initiierten Verfassung der V. Republik fokussiert. Denn der „friedliche Machtwechsel“ nach der geltenden „maßgeschneiderten“ Verfassung (Scharnweber 1997: 27) hätte wieder in einer Sporthalle stattgefunden, und die Nachfolger von Chun wären wiederholt indirekt durch das einige Tausend Mann zählende, aus der stimmberechtigten Bevölkerung ausgesuchte Wahlmännerkollegium und erneut mit einer absoluten Mehrheit, wenn nicht gar mit mehr als 90% der Stimmen, gewählt worden. Dann wäre nicht nur ein Kandidat aus dem engen Kreis des Militärs um Chun „friedlich“ gewählt worden. Darüber hinaus bedeutete dies die Möglichkeit der endgültigen Übernahme der vorhandenen politischen Macht, die nunmehr durch die Verfassung legitimiert werden sollte. Die Änderung der Verfassung, des Fundaments der Diktatur also, stand somit an erster Stelle der Demokratiebewegung; den bestehenden politischen Machthabern musste die Grundlage für die weitere Herrschaft entzogen werden, damit Regierung und Opposition fair konkurrieren konnten.

Die Forderung aller oppositionellen und/oder regimekritischen Gruppen nach Demokratie und die allgemeine Atmosphäre gegen das Chun-Regime spiegelten sich in der Parlamentswahl vom Februar 1985 wider: Die knapp vier Wochen vor

der Wahl gegründete oppositionelle New Korea Democratic Party (NKDP), die von den beiden Oppositionsführern Kim Dae-jung<sup>4</sup> und Kim Young-sam geleitet wurde, erzielte 29%, wogegen die regierende DJP von Chun nur 35,3% der Stimmen auf sich vereinigte. Die Demonstrationen für Demokratie wurden wie immer von April an häufiger und massiver; im November wurden das Büro der US-Handelskammer in Seoul (5.11.), die Bank of America in Pusan (13.11.), das Arbeitsministerium in Seoul (15.11.) und ein Bürogebäude der DJP (18.11.) durch Studenten besetzt. Von den explosiven innenpolitischen Konflikten zeugte auch die von den Abgeordneten der NKDP durchgeführte Besetzung des Sitzungssaals aus Anlass der regelwidrigen Verabschiedung von sieben Haushaltsgesetzen Anfang Dezember.

1986 startete die NKDP zusammen mit dem CPD eine Kampagne, mit der sie die Direktwahl des Staatspräsidenten durch das Volk erreichen wollte. Bei dieser Aktion wollten sie zehn Millionen Unterschriften sammeln. Das Chun-Regime reagierte wie immer mit massiven Polizeieinsätzen gegen die NKDP, den CPD und die Unterzeichner, verhängte über sie Hausarrest und drohte ihnen mit Haftstrafen. Chun erklärte, eine Verfassungsänderung werde erst von 1989 an, also nach Ende seiner Amtszeit und nach der Wiederherstellung der politischen Machtverhältnisse auf der Basis der geltenden Verfassung, in Frage kommen. Chuns Aussage löste Großdemonstrationen für die Unterschriftensammlung unter Führung der NKDP in den Großstädten des Landes wie Pusan (23.3.), Kwangju (30.3.) und Taegu (6.4.) aus, die in der Hauptstadt Seoul ihren Höhepunkt erreichten. Den anhaltenden Demonstrationen der Opposition und Studenten folgten Straßenkämpfe und Festnahmen; im November verhinderte ein 70.000 Mann starkes Polizeiaufgebot (!) wiederholt eine von der Opposition geplante Kundgebung für die Direktwahl des Präsidenten, so dass es fast so aussah, als ob die Polizei eine Kundgebung veranstalte.

Das Jahr 1987 eröffnete das Chun-Regime mit dem Foltortod des Studenten Park Jong-chul im Januar. Die anfängliche Erklärung der Regierung war, dass ein Polizeiinspektor ihn durch einen Schlag auf den Tisch zur Aussage habe zwingen wollen. Durch diesen Schlag habe er einen Schock bekommen und sei anschließend gestorben. Am von Menschenrechtsgruppen wegen des Foltortodes erklärten „Nationalen Volkstrauertag“ kam es im Februar in Seoul und anderen Großstädten zu schweren Straßenkämpfen, die im April und Mai weitergingen.

Die Nominierung des ehemaligen Generals und Klassenkameraden von Chun an der südkoreanischen Militärakademie Roh Tae-woo zum Präsidentschaftskandidaten der DJP führte am 10. Juni zum offenen Konflikt. Es wurde deutlich, dass das Militär seine politische Macht nicht freiwillig abgeben wollte. Zudem war wieder ein Student, Lee Han-yeol, an den Folgen seiner Verletzungen, die er durch den Einsatz

<sup>4</sup> Mitte September 1980 (Chuns offizieller Amtsantritt am 1. September) wurde Kim Dae-jung unter dem Vorwurf, angeblich „Aufruhr und Umsturz“ in Kwangju im Mai 1980 geplant zu haben, von einem Militärgericht zum Tode verurteilt. Nach weltweit heftigen Protesten wandelte Chun das Todesurteil in eine lebenslängliche Haftstrafe, später in 20 Jahre Haft um. Ende 1982 wurde Kim freigelassen und ging mit seiner Familie ins Exil in die USA. Anfang Februar 1985, vier Tage vor der Wahl, kehrte er nach über zweijährigem Asyl aus den USA zurück.

von Tränengasbomben erlitten hatte, gestorben.<sup>5</sup> Dessen Beisetzung am 9. Juni wurde zu einer politischen Massendemonstration gegen die Politik des Chun-Regimes, an der mehr als hunderttausend Menschen in Seoul teilnahmen. Mit diesem Tag begann eine dreiwöchige landesweite Demonstrationswelle, während der die Mittelschicht weitgehend die Forderung der Opposition und Studenten unterstützte; eine Massenbewegung brach los (Pohl 1988), von deren Ausmaß und Stärke die Führer der bürgerlich-konservativen Opposition selbst überrascht waren.

Bemerkenswert an diesen Demonstrationen war, dass nicht nur Opposition oder Studenten daran teilnahmen, sondern auch die breite Mittelschicht der *white collar workers*. Die zentrale Forderung nach Demokratie, also die Verfassungsänderung, war als Konzept nichts Besonderes – in dem Sinne jedoch, dass die breite Masse der Bevölkerung dafür demonstrierte und hart kämpfte, folgte diese heute im Allgemeinen „Juniaufstand“ (weil sie im Juni 1987 ihren Höhepunkt erreichte) genannte Bewegung dem Geist des Aufstandes gegen die (Militär-)Diktatur von Kwangju 1980.

Aufgrund dieser massiven und lang anhaltenden Demonstrationswelle der Bürger im ganzen Land, die den „bürgerlichen Rahmen“ (Göthel 1988: 184) hätte verlassen können, fürchtete das Chun-Regime eine der Entwicklung auf den Philippinen ähnliche politische Revolution.<sup>6</sup> Deswegen zog das Chun-Regime wieder einmal eine militärische Intervention ernsthaft in Erwägung, wie im Fall des Kwangju-Massakers.

Dieses Mal konnte die Intervention jedoch wegen der stark ablehnenden Haltung der USA nicht durchgesetzt werden. Denn die USA waren der Meinung, dass die unvorhersehbare politische Entwicklung und eine Destabilisierung der politischen Gewalt Südkoreas wie auf den Philippinen die Sicherheit Südkoreas gegenüber dem kommunistischen Norden gefährden werde, dies also nicht im Interesse der USA sei. Nach langen und geheimen Konsultationen zwischen dem Chun-Regime und seinen US-Beratern schlugen die USA dem Chun-Regime politische Reformen vor, die das Chun-Regime schließlich annehmen musste. Diese Reformen wurden als die sogenannte „Acht-Punkte-Erklärung“ bekannt; am 29. Juni versprach Roh Tae-woo, der Präsidentschaftskandidat und Vorsitzende der DJP, in dieser Erklärung die Demokratisierung, eine Verfassungsänderung einschließlich der direkten Wahl des Staatspräsidenten<sup>7</sup> sowie die Freilassung der politischen Gefangenen und die Auf-

<sup>5</sup> Damals wurde Tränengas „zur Luft fast aller Einwohner von Seoul. Teure Luft dazu. Alleine in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 wurden 313.204 Tränengaskanister im Gegenwert von 6,8 Mio. US\$ zur Eindämmung von Studentendemos verpulvert. An die 100 Mio. US\$ dürften verlässlichen Schätzungen zufolge die gesamten Operationen der südkoreanischen Bereitschaftspolizei im Jahr 1987 gekostet haben“ (Schwarzacher 1988: 124). Kein Wunder also, dass es immer wieder das eine oder andere Opfer durch Tränengas gab.

<sup>6</sup> Auf den Philippinen führte der Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino zu Großdemonstrationen und zum Sturz des diktatorischen Marcos-Regimes.

<sup>7</sup> Die Direktwahl des Präsidenten hat in der südkoreanischen Politik eine besondere Bedeutung: das Recht des Volkes, seinen Präsidenten direkt wählen zu können, war seit

hebung des Hausarrestes von Kim Dae-jung. Die Erklärung enthielt also politische Inhalte, die den Forderungen der Opposition nahezu vollständig entsprachen. Die Erklärung wurde von allen begrüßt und mit ihr die Demokratie als de facto erreicht angesehen.

Alle Demonstrationen wurden sofort eingestellt.<sup>8</sup> Auch die stets an brutale Unterdrückung gewöhnte Opposition wurde von der Erklärung überrascht und irritiert – sie geriet in eine Phase weitreichender Orientierungslosigkeit. Im Hinblick auf die Erklärung schien es, als habe Roh sie allein konzipiert, vorgelegt und angekündigt. So wurde er allein gegen die allgemeine Orientierungslosigkeit mit einem Schlag als der „Mann der Stunde“ oder als „Demokratiebringer“ (Werning 1988: 97) gefeiert, trat quasi als Held hervor; seine politische Stellung wurde enorm gestärkt.

Nun musste sich nach dem Szenario der Regierung die Opposition spalten – und sie spaltete sich in der Tat; beide Kims sollten bei der Wahl kandidieren, so dass durch die Spaltung der Opposition die Erhaltung der bestehenden politischen Macht des Militärs möglich würde. Einerseits wurde dem Verlangen nach mehr Demokratie nur minimal und begrenzt nachgegeben, andererseits schürte das Chun-Regime die Spaltung der beiden großen oppositionellen Kräfte. Dabei wurde wie immer der Geheimdienst aktiv, der die Taktik „Teile und herrsche“ gegenüber den oppositionellen Kräften praktizierte. Denn ein Bündnis der beiden Kims, eine Einigung auf eine Kandidatur und schließlich der Sieg eines der beiden Kims bei der direkten Präsidentschaftswahl wäre für den herrschenden Machtblock einer politischen Revolution gleichgekommen, die auf keinen Fall hinzunehmen war. Die beiden Kims und das bis dahin gemeinsame Bündnis aller demokratischen oppositionellen Kräfte wurde so durch den Juniaufstand und ihre Errungenschaft, die Acht-Punkte-Erklärung, gespalten. Die Strategie der Erklärung erwies sich aus der Sicht der bestehenden Herrschaft als erfolgreich. Damit war der Sieg von Roh faktisch vorprogrammiert.

Aus der Sicht der Opposition hätte die Taktik der Erklärung von Anfang an durchschaut werden müssen. Entweder wurde aber den Versprechen von Roh einfach Vertrauen geschenkt, oder die beiden Kims hatten „keine Zeit“ zu einer genauen Auseinandersetzung mit der Erklärung, denn es ging jetzt um die Präsidentschaftswahl, so dass die beiden damit genug zu tun hatten. Bis Ende des Jahres 1987 wurden außer der Änderung der Verfassung und der Durchführung der direkten Präsidentschaftswahl faktisch keine nennenswerten demokratischen Maßnahmen ergriffen. Alle waren mit der Präsidentschaftswahl beschäftigt in der Hoffnung, dass sie und ihre Partei gewinnen würden. Das Chun-Regime war nun auch nicht mehr so massiv

---

1971 vom damaligen Präsidenten Park verweigert worden. Seitdem wurde der Präsident indirekt in einer Sporthalle durch das schon erwähnte Wahlmännerkollegium gewählt. Dabei wurde nur der Amtsinhaber bzw. der Kandidat der Regierungspartei (wieder-) gewählt. Aus diesem Grund und wegen der Diktatur der indirekt gewählten Präsidenten Park und Chun wurde die Direktwahl des Staatspräsidenten als die erste und wichtigste institutionelle Voraussetzung zur Demokratisierung betrachtet.

<sup>8</sup> Dagegen streikten die seit langem von Staat und Unternehmen unterdrückten Arbeiter massiv und gründeten autonome (illegale) Gewerkschaften.



und öffentlich gewalttätig wie früher, sondern übte einen sehr selektiven Gewalteinsatz gegen die Demokratie- und Gewerkschaftsbewegung aus. Die Erklärung hatte die ganze südkoreanische Gesellschaft blind gemacht, sie wurde zu einer Gesellschaft im Wahlfieber. Aus der Erklärung, die Demokratie bringen sollte, wurde etwas, das Demokratie schwinden ließ. Es ging nur noch um die Wahl, sonst nichts.

Am 16. Dezember 1987 wurde nach über 16 Jahren wieder eine direkte Präsidentschaftswahl abgehalten, ein historischer Tag. Die Grundlage dafür war die geänderte Verfassung, auf deren Änderungsentwurf sich Regierung und Opposition am 31. August geeinigt hatten. Er sah die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk für eine Amtszeit von fünf statt bisher sieben Jahren vor und ließ eine Wiederwahl nicht zu. Am 12. Oktober billigte die Nationalversammlung den Verfassungsentwurf mit 254 zu vier Stimmen, und bei der Volksabstimmung am 27. Oktober entschieden sich 93% der Bevölkerung für die neue am 25. Februar 1988 in Kraft tretende Verfassung, die bis heute unverändert gilt – ein atemberaubendes Tempo seit der Acht-Punkte-Erklärung vom 29. Juni.

Die Spaltung der beiden konservativ-bürgerlichen Oppositionsführer führte zu einem Sieg der Regierungspartei: Der Kandidat der DJP Roh erhielt 37,2% der Wählerstimmen, Kim Dae-jung 26,6% und Kim Young-sam 27,7%. Roh wurde so der legitime Nachfolger von Chun, nicht durch Putsch, sondern durch Direktwahl. Chun wurde mit dem Wahlsieg von Roh als „Präsident“ legitimiert und zwar als der erste Machthaber der südkoreanischen Geschichte überhaupt, der „lebendig“ (!) und in Südkorea „bleibend“ (!) ohne Waffen und Blutvergießen friedlich den Machtwechsel ermöglicht hatte; es klebte kein Blut mehr an seinen Händen, noch war er länger ein Militärdiktator. Roh seinerseits betrachtete sich selbst als die Verwirklichung der Demokratie. Die Begeisterung in seinem Lager war groß, während die Opposition und vor allem die Bevölkerung, die für den Machtwechsel in Richtung der zivilen Herrschaft und für die Demokratie demonstriert und gekämpft hatte, sich als ohnmächtig erlebten. Mit der neuen Verfassung und der Direktwahl des Präsidenten, die die Oppositions- und Studentenbewegung in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Bürger erkämpft hatten, war eine wichtige Forderung der Demokratiebewegung während des gesamten Chun-Regimes erreicht; mit dieser Errungenschaft jedoch wurde die Opposition gespalten und scheiterte. Die Niederlage trotz oder gerade wegen dieser Reformen war die Realität der südkoreanischen Opposition.

Dies alles – vom Juniaufstand über die Acht-Punkte-Erklärung bis hin zur Präsidentschaftswahl – bedeutete in Bezug auf das Kwangju-Massaker, dass dessen Aufarbeitung noch mindestens weitere fünf Jahre (Rohs Amtszeit) warten musste.

### **3 Januar 1990 – „konterrevolutionärer“ Roh-Kim-Pakt**

Weil Roh formal durch die „demokratische“ Direktwahl „friedlich“ zum Präsidenten gewählt worden war, musste sein Regime auch dem breiten Anspruch in Bezug auf Demokratisierung entsprechen bzw. so tun, als ob. Die erste zentrale Forderung der

Bevölkerung nach Demokratisierung, mit der Roh unmittelbar nach seinem Amtsantritt (25.2.1988) konfrontiert wurde, bestand in der vollständigen Aufarbeitung des Kwangju-Massakers. Als Geste des guten Willens musste sich das Roh-Regime vor allem mit Kwangju beschäftigen, schließlich war Roh selbst der Mann hinter der Acht-Punkte-Erklärung, der „Erklärung zur Demokratie“.

Von den radikalen Studenten und demokratischen Kräften wurde gefordert, Chun als den damaligen Befehlshaber und Hauptverantwortlichen des Kwangju-Massakers zu verhaften und ihn vor Gericht zu stellen, den Kampf in Kwangju offen zum Kampf für Demokratie zu erklären und nicht als Tat des Mobs zu diskreditieren, also die Demonstranten von Kwangju politisch zu rehabilitieren, sowie die Verletzten und Angehörigen der Toten „angemessen“ zu entschädigen. Dies waren die allerersten Forderungen der Studenten- und Oppositionsbewegung während der ersten Hälfte der Amtszeit des Roh-Regimes. Diese Forderungen waren unter der Herrschaft des Chun-Regimes absolut nicht denkbar gewesen und konnten erst nach seiner Entmachtung neu vorgetragen werden. Wenn das Roh-Regime dies versagt hätte, hätten die Studentendemonstranten selbst Chun verhaftet – die führende radikale Studentenorganisation hatte das entsprechende studentische „Himmelfahrtskommando“ organisiert und marschierte jeden Tag zu Chuns Privathaus. Die bereits seit März<sup>9</sup> anhaltenden Straßenkämpfe, die vor allem im April und Mai an Intensität gewannen, bestimmten die politische Stimmung des Landes und beeinflussten den gerade gewählten Präsidenten Roh. Die Demonstrationswelle der Studenten legte die Politik des frisch gewählten Präsidenten lahm. Roh wurde klar, dass seine politische Zukunft, die er unter dem Deckmantel der legitimen Nachfolgerschaft von Chun begonnen hatte, völlig ungewiss war. Denn er musste sich auch über die Zeit „nach seinem Rücktritt“ ernsthaft Gedanken machen, hatte er doch ebenso wie Chun beim innermilitärischen Putsch im Dezember 1979 und beim Kwangju-Massaker eine maßgebliche Rolle gespielt – wenn er seine Politik wie Chun betriebe, wäre nicht sicher, was nach seinem Rücktritt geschehen würde.

Das Allererste und Dringendste, was das Roh-Regime in diesem Zusammenhang tat, war das Zugeständnis, sich Anfang April für Kwangju zu entschuldigen und eine Entschädigung für die Opfer in Aussicht zu stellen, also zuerst nur große Worte. Zudem war die Verwicklung des Bruders von Expräsident Chun Doo-hwan, Chun Kyung-hwan, in einen Korruptionsskandal bekannt geworden. Chun Doo-hwan trat daraufhin im April von seinem Posten als Präsidentenberater zurück.<sup>10</sup> Dafür bekam das Roh-Regime die Quittung; bei der Parlamentswahl im April 1988 verlor die DJP unter Roh die absolute Mehrheit der Regierungspartei und erreichte nur 124 von 299 Sitzen.

<sup>9</sup> Anfang März ist der Semesterbeginn an den koreanischen Universitäten, und Rohs Amtsantritt war erst am 25. Februar!

<sup>10</sup> Es war in Südkorea eine „Tradition“, dass alle möglichen Verwandten des Machthabers während seiner Amtszeit seine Position ausnutzten und sich finanzielle Vorteile verschafften – ein traditioneller Nepotismus.

Endlich im November entschuldigte sich Chun selbst in einer Fernsehansprache für Machtmissbrauch und Korruption während seiner Amtszeit und bat ausdrücklich für die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes um Verzeihung. Er erklärte weiter, dass er die Hauptstadt Seoul verlasse, um sich in einen abgelegenen Tempel in den Bergen zurückzuziehen; er wolle sein Vermögen von 13,9 Mrd. Won (ca. 37,5 Mio. DM) an den Staat zurückgeben. So ging Chun auf die massiven Beschuldigungen gegen seine Person in der Öffentlichkeit ein, die noch monatelang nach der Bekanntgabe der Verwicklung seines Bruders in einen Korruptionsskandal erhoben worden waren. Anschließend bat Roh die Öffentlichkeit um Vergebung für Chun. Roh wollte damit erreichen, dass die sogenannte „Kwangju-Angelegenheit“, Korruptionsskandale und Fälle von Amtsmissbrauch mit Chuns Erklärung erledigt seien und dass die Politik in die Zukunft und nicht mehr in die Vergangenheit gerichtet sei. So begann die Trennung von der V. Republik Chuns. Die VI. Republik unter Roh musste bekennen, dass sie sich durch ihre Politik von der diktatorischen und blutigen Vergangenheit der Chun-Zeit abwenden wolle; Roh war ja immerhin der direkt gewählte „demokratische“ Präsident. Die Trennung – eine politisch sehr unangenehme Aufgabe – konnte nur von Roh selbst, Chuns engstem Vertrauten, Kameraden und „politischem Bruder“, ausgehen.

Seit April 1989 wurde wieder im ganzen Land demonstriert, es kam zu schweren Ausschreitungen, weil dem Zugeständnis von vor einem Jahr keine Taten gefolgt waren. Im Mai gedachten Zehntausende Kwangju mit Demonstrationen gegen das Roh-Regime. So wurde bei der Bildung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zusätzlich ein „Sonderausschuss für die Kwangju-Untersuchung“ eingesetzt, der sich mit Kwangju befassen sollte. Dies war zwar formal der erste Schritt zur Aufarbeitung von Kwangju, der Ausschuss brachte jedoch keine nennenswerten Fortschritte für die Kwangju-Aufarbeitung.

Mit dem Ende des Jahres 1989 wollte das Roh-Regime die endgültige Trennung von der V. Republik vollzogen sehen; die kommenden 90er Jahre sollten frisch begonnen werden. So wurde Mitte Dezember zwischen Roh und der Opposition von Kim Dae-jung und Kim Young-sam eine Anhörung des früheren Staatschefs Chun vor dem Parlament vereinbart. Weiterhin wurde schnell ein Gesetzentwurf für die Entschädigung der „Kwangju-Opfer“ ausgearbeitet. Am 31. Dezember, dem letzten Tag des Jahres 1989, trat Chun vor das Parlament und machte seine Aussage; eine Anhörung sollte schriftlich folgen.

Dann wurde Anfang 1990 eine überaus überraschende Nachricht bekannt. Was da geschehen war, war selbst in der äußerst volatilen südkoreanischen Parteilandschaft – Aus- und Übertritte, Spaltung und Neugründung – ein Novum. Die Regierungspartei DJP und die Oppositionsparteien von Kim Young-sam und Kim Jong-pil hatten sich zu einer neuen Partei zusammengeschlossen (Scharnweber 1997: 323). Kim Young-sam konnte sich durch diese Fusion – eigentlich eine Unterwerfung – eine feste politische Position innerhalb der neuen Democratic Liberal Party (DLP) sichern. Dazu äußerten die Parteiführer die Absicht, das Präsidialsystem mit Hilfe einer Verfassungsänderung in ein parlamentarisches System umzuwandeln.

Führer dieser Fusion waren einerseits Roh, der Mittäter des Kwangju-Massakers und damit der „legitime“ Nachfolger von Chun, und auf der anderen Seite Kim Young-sam, der angeblich jahrzehntelang für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft gekämpft hatte; Kim Jong-pil war streng genommen nur „Beiwerk“. Die Gruppe, die von diesem Pakt ausgeschlossen wurde, war die Partei von Kim Dae-jung mit 71 Sitzen; sie blieb allein in der Opposition. Das Verhältnis zwischen Regierungs- und Oppositionspartei hatte sich nun hin zu einer Mehrheit von 221 zu 71 Sitzen (sieben Unabhängige) verschoben. So wandte sich erdrutschartig das Blatt zugunsten der schwachen Regierungspartei. Es bildete sich eine „Dinosaurierpartei“, die mit mehr als zwei Dritteln aller Sitze im Parlament allmächtig wurde. Mit diesem Pakt ging das Momentum der Demokratisierung verloren, die Gesetzesreformen blieben unbearbeitet, die Führer der Gewerkschaften wurden verhaftet. Darauf folgten Demonstrationen der Arbeiter, die im April in schwere Straßenkämpfe zwischen Arbeitern und Polizisten mündeten.

Die politische Tagesordnung war durch diesen Pakt von Kwangju und Chuns V. Republik abgekommen; diese Geschehnisse waren Ende 1989 durch die Aussage von Chun im Parlament offiziell ohnehin erledigt. Was Roh in Wirklichkeit vorgezogen hatte, war nur eine schnelle Erledigung dieser Angelegenheit, anstatt sie gründlich zu untersuchen. Denn viele führende Regierungsmitglieder waren zum Teil mit verantwortlich (Chang 1990: 225). In erster Linie aber war Roh selbst verantwortlich, und seine Rolle hätte zuallererst untersucht werden müssen. Denn er selbst hatte als Exgeneral am Kwangju-Massaker teilgenommen, er selbst war Täter. Die Grenze der ganzen Untersuchungen des Sonderausschusses unter dem Roh-Regime bestand also darin, dass er gegen Roh während seiner Amtszeit nicht ermitteln konnte, weil er der amtierende Präsident war. Insofern war die Trennung der VI. Republik von der V. Republik des Chun-Regimes unter dem Roh-Regime praktisch unmöglich. Die beiden waren politisch nicht zu trennen. Der Regierungswechsel vom Chun- zum Roh-Regime war zwar formal demokratisch erfolgt, erwies sich jedoch substantiell als alles andere als demokratisch.

Die Innenpolitik (während) des Roh-Regimes bedeutete für Kwangju, dass das Massaker unter der Herrschaft von Roh nicht gründlich aufgearbeitet oder auch nur untersucht werden konnte, genauso, wie dies während der Amtszeit von Chun der Fall gewesen war. Dies würde erst dann möglich werden, wenn eine derartige Aufarbeitung nicht vom Täter selbst initiiert werden konnte. Kwangju musste noch warten.

#### **4 Wechsel von der militärischen zur „zivilen“ Herrschaft**

Roh wurde am 9. Mai 1990 Vorsitzender der Dinosaurierpartei DLP. Da die Absicht des Paktes nun klar war, demonstrierten Studenten daraufhin tagelang massiv gegen die neue Partei. Es kam in mehreren großen Städten zu Ausschreitungen der Studenten und Straßenkämpfen. Dabei ging das Symbol des amerikanischen „Imperialismus“, das US-amerikanische Kulturzentrum in Seoul, in Flammen auf.

Bei Gedenkfeiern zum 10. Jahrestag der blutigen Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes kam es vom 18. bis 20. Mai erneut zu Straßenkämpfen. Ende Juli forderten in Seoul mehr als 100.000 Menschen die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen; im Anschluss an die Kundgebung kam es wie immer zu Ausschreitungen. Mitte Oktober demonstrierten 150.000 Menschen gegen die Bespitzelung von 1.300 Oppositionellen und Journalisten, also Zivilisten, durch den Militärgeheimdienst. Kim Dae-jung trat in den Hungerstreik. Seit dem Zusammenschluss folgte Demonstration auf Demonstration, Straßenkampf auf Straßenkampf, Ausschreitung auf Ausschreitung.

Das Jahr 1991 begann wie die vorigen Jahre mit Demonstrationen. Bei Straßenkämpfen zwischen Studenten und der Polizei Ende April kam in Seoul der 20-jährige Student Kang Kyung-dae zu Tode. In den folgenden drei Wochen kam es in Seoul und einigen anderen Städten täglich zu Demonstrationen einiger Tausend Studenten gegen das Regime und zu fünf Selbstmorden aus Solidarität mit Kang. Die Demonstrationswelle erreichte wie in den Jahren zuvor ihren Höhepunkt am 18. Mai, dem 11. Jahrestag des Kwangju-Aufstandes. Im ganzen Land demonstrierten bis in den Juni rund 300.000 Menschen gegen das Regime und Präsident Roh. Anfang November forderten auf einer von der demokratischen Gewerkschaft Chunnohyup<sup>11</sup> organisierten Kundgebung in Seoul 20.000 Studenten und Arbeiter den Rücktritt der Regierung.

1992 waren wieder Präsidentschaftswahlen. Als die DLP im Mai Kim Young-sam zum Präsidentschaftskandidaten nominierte, demonstrierten Zehntausende im ganzen Land gegen seine Aufstellung. Doch bei der direkten Präsidentschaftswahl im Dezember wurde mit Kim Young-sam, der 42% der Stimmen erhielt, zum ersten Mal seit 1961 ein Staatsoberhaupt gewählt, das nicht zum Militär gehörte. Kim Dae-jung erhielt 33,9% der Stimmen und war damit der deutliche Verlierer (Scharnweber 1997: 331-334). Der Wahlkampf wurde jedoch durch die Bekanntgabe der Enttarnung des bisher größten nordkoreanischen Spionagerings (400 Personen!) im Oktober weitgehend beeinflusst.<sup>12</sup> Kim Dae-jung galt zudem jahrzehntelang vielen als „radikaler Linker mit versteckten Sympathien für Nordkorea“ (Pohl 1998: 108), obwohl seine politische Position durchaus als konservativ bezeichnet werden kann.

Hier sah man erneut die Typologie des südkoreanischen Wahlkampfes: Die südkoreanischen Regierungen seit Syngman Rhee (1948-1960) ängstigten das Volk immer wieder mit der militärischen Bedrohung durch Nordkorea. Dies wurde stets durch neueste Informationen über den militärischen Stand Nordkoreas, über den

---

<sup>11</sup> Chunnohyup ist die Keimorganisation der späteren KCTU (Korean Confederation of Trade Unions). Die KCTU ist im Gegensatz zur damaligen regierungsnahen FKTU (Federation of Korean Trade Unions) im Zuge der Demokratie- und Arbeiterbewegung durch Vorbereitungen mehrerer Ausschüsse und Komitees, die vom Sommer 1987 an bis 1995 einberufen wurden, entstanden. Siehe dazu <[http://www.kctu.org/about/about\\_history.htm](http://www.kctu.org/about/about_history.htm)>.

<sup>12</sup> Zur Frage, ob dieser Wahlkampf fair war oder nicht, siehe Scharnweber (1997: 334-345).

allein die USA Bescheid zu wissen schienen, bewiesen und bekräftigt.<sup>13</sup> Dabei zögerten die USA nicht, diese Gelegenheit zu nutzen; je nachdem, wie die politische Lage, die öffentliche Meinung Südkoreas sich gerade entwickelten, ließen sie absichtlich oder „versehentlich“ geheime Informationen an die Öffentlichkeit dringen. Dabei waren die südkoreanischen Regime den US-Amerikanern behilflich, arbeiteten eng mit ihnen zusammen. Beide gemeinsam schürten die Angst der südkoreanischen Bevölkerung. So verbreiteten die Regime die Losung „Sicherheit für das Vaterland“, die wiederum alle ihre Verbrechen legitimierte: das Notstands-, Sicherheits- und Antikommunismusgesetz, der Belagerungs- und Ausnahmezustand sowie die Razzien gegen die Opposition, die Intellektuellen und Studenten seit den 50er Jahren. Angebliche nordkoreanische Spione und Agenten wurden nach Bedarf entlarvt und zu Propagandazwecken als Beweise für die Bedrohung durch Nordkorea oder zur Unterdrückung der Oppositionellen benutzt. Jedesmal, wenn eine große Demonstration stattfand und dadurch eine gesellschaftlich relevante und damit „gefährliche“ Bewegung hätte beginnen können, sollte sich Nordkoreas militärische Kraft vergrößert haben. Laut Erklärungen der USA und der südkoreanischen Regime sollte Nordkorea seine militärische Stärke besonders vor jeder Parlaments- und Präsidentenwahl in Südkorea ausgeweitet haben – ein kurioser „Zufall“!

Wie dem auch sei, die Wahl eines zivilen Präsidenten allein aufgrund der mehr als 30-jährigen Herrschaft der Militärdiktatur war als „historisches“ Ereignis bewertet und von der breiten Bevölkerung begrüßt worden. Seit dem Putsch von Park Chung-hee im Mai 1961 wurde Südkorea nacheinander von drei ehemaligen Generälen regiert: zunächst von Park (1961-1979), dann von Chun (1980-1988) und schließlich von Roh (1988-1993). Die drei „Militärpräsidenten“ hatten den Staat und das Volk „militärisch“ regiert: Folter, Foltortod und die Unterdrückung der Bevölkerung beherrschten die südkoreanische Politik während dieser 30 Jahre. Es sah so aus, als hätte Kim Südkorea endlich aus der Rolle des „erweiterten Kasernenhofes“ befreit. Daher kann man die allgemeine Euphorie des Volkes über den ersten zivilen Präsidenten und dessen zivile Regierung gut verstehen. Der Wahlsieg von Kim verkörperte das Ende der politischen Herrschaft der Militärdiktatur – und genau das erschien als die Demokratie par excellence. Kwangju hatte also endlich Aussicht auf Aufarbeitung und Entschädigung oder doch nicht?

## 5 Chun vor Gericht – ein „Jahrhundert(schau)prozess“?

Im ersten Amtsjahr 1993 kam Kim der allgemeinen Erwartung der Bevölkerung zur demokratischen Umgestaltung des Staates nach; das Mitte März vorgelegte 100-Tage-Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft, dann die Offenlegung der Ver-

<sup>13</sup> Tatsache ist: Die meisten Zahlen über die nordkoreanischen Militärkräfte, selbst die des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London, stützen sich wegen des Mangels an offiziellen Angaben aus Nordkorea auf die Daten des amerikanischen Geheimdienstes. Siehe dazu Grabowsky (1987: 362).

mögensverhältnisse der Parlamentarier und hohen Staatsbeamten, die Reformgesetze für das Bankensystem sowie die Offenlegung von Konten und Immobilieneinträgen (Pascha 1996: 19-20) und die Entlassung der vormaligen Putschgeneräle, der Mitglieder eines Hanahoe<sup>14</sup> genannten militärischen Geheimbundes, aus dem Militär etc. Dies alles geschah in einem schwindelerregenden Tempo. Was von Kims Zivilregierung 1993 aber als erster Schritt zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft bezüglich der Aufarbeitung der Vergangenheit, d.h. des Kwangju-Massakers und der V. Republik, unternommen wurde, war lediglich eine bloße Feststellung, dass es sich bei der Militärrevolte vom 12. Dezember 1979 um „coupartige Vorgänge“ (Pohl 1996: 194) gehandelt habe.<sup>15</sup>

Aber das war dann wohl alles an Reformen. Bereits von Ende 1993 an (sein Amtsantritt war am 25.2.1993) brach Kim seine Wahlversprechen und nutzte seine Macht skrupellos aus. Am „Jahr der Katastrophen“ 1995 sowie an der Wirtschafts- und Finanzkrise 1997 lassen sich die Folgen und das Ende seiner Amtszeit erkennen. Trotz der wochenlangen, landesweiten Massenproteste von Bauern, Studenten und Oppositionellen hatte Kim im Dezember 1993 im Rahmen des GATT-Abkommens entgegen früherer Wahlversprechen einer begrenzten Öffnung des Reismarktes für Importe von 1995 an zugestimmt. Daraufhin kam es wiederum landesweit zu gewalttätigen Protesten. Denn der Ruin der inländischen Reisbauern war mit der Zustimmung vorprogrammiert. Der Ministerpräsident übernahm die politische Verantwortung für die Öffnung des Reismarktes und trat zurück.

Nachdem Kim daraufhin im Dezember 1993 den parteilosen Präsidenten des Rechnungshofes (BAI), Lee Hoe-chang, zum Ministerpräsidenten ernannt hatte, entließ er ihn im April 1994 wieder (Kindermann 1994: 195-196). Denn Kims Reformpolitik und damit sein politisches Image als der „zivile“ Präsident und Reformpolitiker wurden zunehmend von Lee überstrahlt, weil er – bekannt durch seine schonungslose Überprüfung aller Regierungsanstalten während seiner Amtszeit als Präsident des BAI – von der Bevölkerung als die Spitze der Reformpolitik der Regierung angesehen wurde und populärer als Kim geworden war. Aus Kims politischem Stil ließ sich erahnen, dass die Entlassung von Lee durch seine Ernennung zum Ministerpräsidenten vorprogrammiert war. Anders gesagt: Kim hatte Lee deswegen zum Ministerpräsidenten ernannt, um ihn als Präsident des BAI entlassen zu können. Bemerkenswert ist, dass eine derartige „Zivildiktatur“ (Song 1995: 33) bereits zu einem Zeitpunkt entstand, zu dem Kim noch nicht einmal ein Jahr im Amt war und noch lebhaft von Demokratie und Reform geredet wurde.

<sup>14</sup> Hanahoe lässt sich ungefähr mit „Kreis der Unbeirrten“ (Pohl 1996: 60) übersetzen oder „Club of One Mind“. „Hanahoe, that is, whatever was on the mind of President Chun“ (Cumings 1997: 380). Hanahoe wurde „1964 von dem späteren General Chun Doo-hwan als Bruderschaft an der Militärakademie gegründet und umfasste ca. 20 Offiziere, die 35 Jahre später alle zusammen mit Chun an dem Putsch gegen Choi Kyu-ha beteiligt waren. [...] Zyniker nannten die beiden Regierungen Chuns und Rohs die ‚Hanahoe-Republiken‘“ (Pohl 1996: 60-61).

<sup>15</sup> Coupartig, aber ein Staatsstreich waren sie also nicht.

Als die Gewerkschaft der Koreanischen Telekommunikationsgesellschaft im Mai 1995 einen Streik ankündigte – sie streikte also noch nicht –, antwortete das „Zivilregime“ mit Gewalt und Verhaftung der Gewerkschaftsführer. Das Kim-Regime erklärte, der Streik sei illegal (gab es in Südkorea bis dato jemals einen legalen Streik?) und begründete dies mit der immer gleichen nationalen Sicherheit.<sup>16</sup> Selbst den „Dienst nach Vorschrift“ im Rahmen der gesetzlich geregelten pünktlichen Anwesenheit in der Fabrik mit pünktlichem Ende der Arbeit, den die Gewerkschaft aus Protest gegen die Verhaftung der Gewerkschaftler durchführte, war nach Meinung der Regierung und Staatsanwaltschaft illegal!<sup>17</sup>

Dann kamen die Jahre der hausgemachten Katastrophen, 1994/95; im Oktober 1994 Einsturz der Sôngsu-Brücke in Seoul, im Dezember 1994 die Gasexplosion in Seoul sowie im April 1995 in Taegu, um nur einige herausragende Ereignisse zu nennen. Der „Höhepunkt“ der Katastrophen war im Juni 1995 der Einsturz des nur fünf Jahre alten „modernen“ Kaufhauses Samping in Seoul, der ca. 1.500 Menschenleben forderte. Diese Katastrophen sind als Folge der Schlamperei von Bauunternehmen zu betrachten, die vom Bauamt genehmigt worden war, da der Regierungsapparat seit Park bestechlich war. Die Republik Korea wurde seitdem international als „Katastrophenrepublik“ bekannt.

Ebenso war die Entscheidung Kim Young-sams vom Juli 1994, die ehemaligen Präsidenten Chun und Roh nicht unter Anklage zu stellen, in Bezug auf die Aufarbeitung der Kwangju-Frage katastrophal. Es hieß, dass keine Handhabe bestehe, gerichtlich gegen sie vorzugehen, da ein gelungener Putsch und ein Massaker kein Gegenstand für eine juristische Behandlung und Verurteilung seien (*Hankook Ilbo*, 19.7.1995). Nach dieser Entscheidung kam es in Seoul und Kwangju zu gewalttätigen Studentenrevolten. In der Entscheidung erkennt man die Auswirkungen des reaktionären Paktes von 1990, den Ursprung seiner politischen Macht und die Grenze seiner Reform- und Demokratiepoltik.

Konnte man von Kim dennoch die Aufarbeitung des Kwangju-Massakers vom Mai 1980 erwarten? Durchaus, aber nur, wenn ihm dies – politisch gesehen – etwas genutzt hätte.<sup>18</sup> Es kam jedoch zur Wende. Zur Ablenkung von der Schmiergeldaffäre im Oktober 1995, bei der Kim von Roh Geld bekommen haben soll, und für die nächste Parlamentswahl (April 1996) setzte Kim alles auf eine Karte; die Aufarbeitung des Massakers rollte endlich an. Expräsident Chun wurde Anfang Dezember verhaftet. Die auf Veranlassung von Präsident Kim von der Nationalversammlung Mitte Dezember verabschiedete *lex specialis* zum „Zwischenfall vom 18. Mai“

<sup>16</sup> Südkorea war also immer noch das Land, in dem die nationale Sicherheit gefährdet war, wenn die Arbeiter streikten.

<sup>17</sup> Traditionell (?) waren die Arbeiter bisher eine Stunde vor dem offiziellen Arbeitsbeginn zur Arbeit gegangen.

<sup>18</sup> Mit Blick auf Kims politischen Stil und sein Politikverständnis ist zu erklären, warum er sich 1990 für den Pakt und 1995 für den Jahrhundertschauprozess entschieden hat. Er war nämlich bereit, politisch alles aufs Spiel zu setzen, wenn es um sein eigenes politisches Überleben ging. Es sei daran erinnert, dass er bis Juli 1995 den Putsch und das Massaker nicht hatte untersuchen lassen wollen.



ermöglichte endlich die juristische Verfolgung der Personen, die für die blutige Niederschlagung des Volksaufstands in Kwangju durch die Streitkräfte verantwortlich waren. Dieses Gesetz war die erste Maßnahme, um das Kwangju-Massaker juristisch aufzuarbeiten. Im Januar 1996 wurde der bereits inhaftierte Chun zusätzlich wegen Korruption angeklagt; er sollte in seiner Amtszeit 700 Mrd. Won (ca. 900 Mio. US\$) von Wirtschaftsunternehmen angenommen haben, darunter 216 Mrd. Won Bestechungsgelder.

Im Oktober 1995 gab ein veränderter Expräsident Roh in einer Fernsehansprache zu, während seiner Amtszeit Spenden von rund 500 Mrd. Won (ca. 650 Mio. US\$) von Unternehmen angenommen und diese einem Geheimfonds zugeführt zu haben. Die Gelder seien vor allem für die Parteifinanzierung eingesetzt worden; 170 Mrd. Won habe er von 1993 an für persönliche Zwecke verwendet (*Kookmin Ilbo*, 28.10.1995). Mitte November wurde er dann zusammen mit 15 weiteren Personen, darunter die Präsidenten der beiden größten südkoreanischen *chaebôl* Samsung und Daewoo, verhaftet. Roh musste sich Mitte Dezember wegen Korruption vor Gericht verantworten. In der südkoreanischen Politik war es nicht unwahrscheinlich, dass Roh beim Rücktritt den Rest dieser Gelder dem Präsidenten Kim als eine Art „politischer Versicherung“ übergeben hatte; Präsident Kim selbst geriet zunehmend unter öffentlichen Druck (Pohl 1996: 62).

Im März 1996 mussten sich die beiden inhaftierten ehemaligen Generäle und früheren Präsidenten Chun und Roh zusammen mit 14 weiteren Exgenerälen für den Staatsstreich vom 12. Dezember 1979, die Verhängung des Kriegsrechts am 17. Mai 1980 und im Zusammenhang mit dem Massaker an Demonstranten in Kwangju im Mai 1980 in Seoul vor Gericht verantworten. Am 26. August wurde Chun zum Tode, Roh zu 22½ Jahren Haft und elf Exgeneräle zu Freiheitsstrafen von sieben bis zehn Jahren verurteilt (*Hankook Ilbo*, 27.8.1996). Sie wurden der Rebellion, des Verrats, der widerrechtlichen Blockade des Parlaments und der Kompetenzüberschreitung für schuldig befunden. Wer die Einsätze in Kwangju befohlen hatte, sei nicht mehr zu ermitteln gewesen. Zudem befand das Gericht Chun und Roh der Bestechlichkeit für schuldig; sie wurden zu Geldstrafen von 225 bzw. 284 Mrd. Won verurteilt. In einem Revisionsverfahren im Dezember reduzierte der Gerichtshof in Seoul die im August wegen Hochverrats und Korruption ergangenen Urteile gegen die ehemaligen Staatspräsidenten Chun und Roh. Unter Berücksichtigung ihrer Verdienste (?) während ihrer Amtszeit wandelte es das Todesurteil für Chun in lebenslange Haft um und verkürzte die Haftdauer für Roh von 22½ auf 17 Jahre. Dies wurde dann im April 1997 vom Obersten Gerichtshof in einem weiteren Revisionsverfahren bestätigt (Pohl 1997: 35).

Um sich von den beiden inhaftierten ehemaligen Präsidenten Roh und Chun sowie von den Korruptionspraktiken in der Politik zu distanzieren, war die DLP, die als Folge des Paktes 1990 entstanden war, auf Anordnung von Präsident Kim im Dezember 1996 in New Korea Party (NKP) umbenannt worden. Parlamentarier, hohe Staatsfunktionäre und -beamte, die Hochverrat begangen, Massaker verantwortet und sich der Korruption schuldig gemacht hatten, blieben jedoch in der „neuen“ Partei NKP. Genauso unverändert blieben der Führungsstab sowie die

Inhalte des Parteiprogramms. Es war also nur ein erneuter Versuch der Ablenkung, und allenfalls der Name der Partei war neu.

Im Mai 1997 wurde ein Sohn des Präsidenten, Kim Hyun-chul, festgenommen. In dem Anfang Juli beginnenden Prozess wies er aber die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Bestechung und Steuerhinterziehung zurück. Für die von ihm entgegengenommenen rd. 12,6 Mio. DM habe er keine Gegenleistung erbracht. Zudem hatte er sich als Quasipräsident, als „Kronprinz“, verhalten, hatte alle Macht wie sein Vater ausgeübt sowie unzählige Minister und einen stellvertretenden Geheimdienstchef nominiert, obwohl er bloß ein Bürger war (Pohl 1997: 32-33).

Die Umbenennung der Partei und die Affäre eines Sohnes des Präsidenten Kim Young-sam zeigten, daß Kim Young-sams „zivile“ Ära unterging, ohne dass das Kwangju-Massaker wirklich aufgearbeitet worden war.

## 6 Begnadigung für Chun und Roh – Versöhnung oder Vergessen?

1997 setzte eine Welle der Zusammenbrüche der in den letzten Jahrzehnten so hoch gelobten südkoreanischen *chaebôl* ein (Frank 1999): Im Januar wurde Sammi, eines der 25 größten Unternehmen Südkoreas, für bankrott erklärt. Verbindlichkeiten in Höhe von umgerechnet rund 6 Mrd. US\$ führten Ende Januar zum Zusammenbruch der Hanbo Steel & General Construction Co., des zweitgrößten Stahl- und Baukonzerns Südkoreas (Pohl 1997: 30-34). Im Juli wurde die Kia-Gruppe, Südkoreas achtgrößter Industriekonzern, mit Verbindlichkeiten von rund 13,5 Mrd. US\$ zahlungsunfähig. Summa summarum geriet Südkorea im Dezember in eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise (Dieter 1998). Diese war die notwendige Folge der staatlichen Wirtschaftspolitik der letzten vier Jahrzehnte, die mit einem weitreichenden Netz persönlicher und politischer „Gefälligkeiten“ gegenüber den *chaebôl* eng verknüpft worden war; der südkoreanische Kapitalismus entsprach in dieser Hinsicht entschieden einem *crony capitalism* (Ko 1998: 9), und *crony capitalism* war die notwendige Folge des *guided capitalism* der 60er und 70er Jahre des Park-Regimes.

Von dieser starken Wirtschafts- und Finanzkrise überschattet, wurde am 18. Dezember 1997 wieder ein Präsident gewählt; Kim Dae-jung ging als Sieger hervor (*The Hankyoreh*, 19.12.1997; Pohl 1998: 94-109). Beim ersten Treffen zwischen Kim Dae-jung und Kim Young-sam nach der Wahl vereinbarten beide Politiker eine baldige Begnadigung von Chun und Roh (Pohl 1998: 110). Die beiden wurden im Januar 1998 aus dem Gefängnis entlassen. Dass die ehemals durch Chun und Roh politisch Verfolgten noch im Gefängnis saßen, sei hier nur am Rande bemerkt.

## 7 Kwangju – Achillesferse der südkoreanischen Demokratie oder ein Mythos?

Kwangju ist ein entscheidender Wendepunkt in der neueren Geschichte Koreas; der Name der Hauptstadt der Provinz Chollanam-do<sup>19</sup> ist ein Symbol der koreanischen Demokratie.<sup>20</sup> Kwangju steht so einerseits für den Aufstand für Demokratie und den Widerstand gegen die Herrschaft der Militärdiktatur, andererseits für das Massaker, in dem das Militär die Forderung des Minjung nach mehr Demokratie auf grausame Weise zurückgewiesen hat, also ein Scheitern. Insofern folgt Kwangju der historischen Struktur des Gegensatzes in der koreanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts: die Demokratiebewegung von innen und unten (Minjung) einerseits und ihre Verhinderung von oben mit Hilfe von außen andererseits.

In den 20 Jahren von 1980 bis 2000 hat sich die politische Herrschaft von der Militärdiktatur (Regimes von Chun und Roh) über die zivile Herrschaft (Regime von Kim Young-sam)<sup>21</sup> bis hin zum ersten politischen Machtwechsel an die vormalige Opposition (Regierung von Kim Dae-jung) gewandelt, eine Wandlung, die für die gründliche Aufarbeitung des Kwangju-Massakers und die Entwicklung in Richtung mehr Demokratie durchaus günstig ist. Paradoxerweise muss aber zugegeben werden, dass die eben erwähnte günstige Lage weniger auf die Regierung von Kim Dae-jung zutrifft als auf das Zivilregime von Kim Young-sam. Denn die Initiative der Kwangju-Aufarbeitung seitens Kim Dae-jung als damaligem Opfer könnte in der südkoreanischen Realpolitik, die heute von einem starken „Regionalismus“ beeinflusst wird, von der Bevölkerung durchaus als politische Rache (miss)deutet werden. Kim Dae-jung redet daher öfter offen von Versöhnung. Diese Aufgabe konnte also folgerichtig nur dem Zivilregime von Kim Young-sam aufgebürdet werden. Doch hat sein Regime das Kwangju-Massaker nicht gründlich genug aufgearbeitet und somit keine vollkommene Abwendung von den Militärdiktaturen des Chun- und Roh-Regimes erreicht.

Um wirklich über die Demokratie des Zivilregimes von Kim Young-sam zu reden, müsste die Achillesferse des modernen Korea, Kwangju, aufgearbeitet und „gelöst“ werden. Damit sind konsequente juristische Schritte gegen alle Verantwortlichen des Massakers und auf dieser Grundlage die wirkliche Überwindung des

<sup>19</sup> „Aus den beiden Cholla-Provinzen (Nord- und Süd-Cholla, M.K.), so ein geflügeltes Wort in Südkorea, kommen nur Reis und Rebellion“ (Reichart 1993: 299). Damit ist die Provinz Cholla die „verdammte Provinz Koreas“ (Denis et al. 1988: 168).

<sup>20</sup> Choi (1999) beispielsweise vertritt die Meinung, dass Südkorea nach dem Kwangju-Massaker nie mehr dasselbe Korea sein kann wie vor dem Massaker.

<sup>21</sup> Zur Untersuchung der südkoreanischen Politik von der Parlamentswahl 1985 bis zur Parlamentswahl 1996, von der Regierung von Chun über Roh bis Kim Young-sam aus dem Blickwinkel der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung siehe Croissant (1998: 72-174).

Regionalismus gemeint.<sup>22</sup> Die Demokratie des Regimes von Kim Young-sam verwirklichte sein Vorhaben auch nicht, als das Kim-Regime im Dezember 1995 endlich Chun und Roh als Hauptverantwortliche des Kwangju-Massakers verhaften und vor Gericht stellen ließ, um sie nach der Verurteilung und einer gewissen Zeit im Gefängnis im Januar 1998 wieder auf freien Fuß zu setzen. Dieser „Jahrhundertschauprozess“ wurde im Grunde nur zur Ablenkung von einer Schmiergeldaffäre begonnen. Überdies sind der moralischen Motivation bei der Verhaftung von Chun und Roh Grenzen gesetzt, da beide erst gut drei Jahre nach Kims Amtsantritt und nicht sofort zu Anfang seiner Amtszeit verhaftet wurden.<sup>23</sup>

Aufgrund des Fiaskos beim Prozess gegen Chun und Roh ist es heute höchst unwahrscheinlich, dass die sogenannte Kwangju-Angelegenheit noch einmal aufgerollt wird. Heute redet man in Südkorea nicht mehr offen über Kwangju. Kwangju ist bereits jetzt, 20 Jahre danach, ein Mythos.

Aus dem Dargestellten sind zwei Konsequenzen zu ziehen. Erstens muss, um das Kwangju-Massaker aufzuarbeiten, die südkoreanische gesellschaftliche Gesamtstruktur in Richtung auf Demokratie gründlich und grundsätzlich geändert werden. Dies setzt voraus, dass man sich, zweitens, aufgrund der Erfahrungen der letzten 20 Jahre in Südkorea von dem Gedanken verabschieden muss, dass der Herrschaftsapparat, der Staat oder die Regierung – ob zivil oder militärisch, diktatorisch oder „demokratisch“, autoritär oder freiheitlich – für das Minjung oder für die Demokratisierung der Gesellschaft etwas tun will. Erst nach einem endgültigen Abschied von dieser Illusion ist es möglich, über das Problem der Demokratie in Südkorea zu reden.<sup>24</sup>

### Literaturverzeichnis

- Baum, Günter (1988), „Auf der Suche nach dem ‚Subjekt der eigenen Geschichte‘. Zur Minjungtheologie“, in: Rainer Werning (Hrsg.), a.a.O., S.232-248  
 Chang, Young-Soo (1990), *Streitbare Demokratie*, Diss., Frankfurt a.M.

<sup>22</sup> Der regionale Zwiespalt zwischen Ost und West, Kyôngsang-do und Cholla-do, während der letzten 30 Jahre angesichts der nationalen Teilung in Nord- und Südkorea ist einfach unerträglich. Siehe dazu Lee (1998: 301-317).

<sup>23</sup> Chun und Roh, die Täter des Kwangju-Massakers, die von 1980 bis Anfang 1993 Südkorea regiert hatten, konnten während ihrer Amtszeit nicht verhaftet werden, da sie amtierende Präsidenten waren. Ihre Verurteilung war also erst im nächsten Zivilregime, dem von Kim Young-sam, möglich. Er ließ jedoch knapp drei Jahre ins Land gehen, und erst, nachdem die Affäre bekannt wurde, entschied er, genauer: wurde er zu der Entscheidung gezwungen, die beiden verhaften zu lassen.

<sup>24</sup> Langsam entsteht in Südkorea eine Zivilgesellschaft. Die Abwahlkampagne von ca. 420 südkoreanischen NGO-Gruppen vor den Parlamentswahlen im April 2000 gegen „unwürdige“ oder korrupte Abgeordnete/Kandidaten mit einer Vergangenheit als Mittäter während der Militärregime ist m.E. ein erster Ansatz dafür. Siehe dazu Grobe (2000).

- Choi, Jeong-Un (1999), *Owôrûi Sahoegwahak* [Gesellschaftswissenschaft vom Mai], Seoul: Pulbit
- Croissant, Aurel (1998), *Politischer Systemwechsel in Südkorea (1985-1997)*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Cumings, Bruce (1997), *Korea's place in the sun: a modern history*, New York: W. W. Norton
- Denis, Michael, Esther Dischereit, Du-yul Song und Rainer Werning (1988), *Südkorea – Kein Land für friedliche Spiele*, Reinbek: Rowohlt
- Dieter, Heribert (1998), *Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds*, Marburg: Metropolis
- epd Dokumentation (1980), „Christen appellieren an die USA. Helft den Verfolgten in Südkorea“, Frankfurt a.M.: Evangelischer Pressedienst (33/80)
- epd Dokumentation (1982), „Die Machtmittel des Chun-Regimes. Umerziehung und Folter in Südkorea“, Frankfurt a.M.: Evangelischer Pressedienst (6/82)
- Frank, Rüdiger (1999), „Die *chaebôl*. Herkunft, Struktur und Probleme der südkoreanischen Unternehmensgruppen“, in: Patrick Köllner und Rüdiger Frank, *Politik und Wirtschaft in Südkorea*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.89-130
- Fritz, Gerhard und Kurt Scharf (Hrsg.) (1980), *Krisenherd Korea*, Stuttgart: Radius
- Göthel, Ingeborg (1988), *Geschichte Südkoreas*, Berlin: VEB
- Grabowsky, Volker (1987), *Zwei-Nationen-Lehre oder Wiedervereinigung?*, Bochum: Brockmeyer
- Grobe, Karl (2000), „Unwürdige Kandidaten soll man nicht wählen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.1.2000, S.2
- Hankook Ilbo* (koreanische Tageszeitung)
- Hippler, Jochen (1994), „Die Demokratisierung der dritten Welt nach dem Ende des kalten Krieges“, in: ders. (Hrsg.), *Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt*, Hamburg: Konkret Literatur, S.11-45
- Kim, Sung-mun (1993), *Die Geschichte, Struktur und politische Funktion der koreanischen Medien unter besonderer Berücksichtigung des Fernsehsystems (1980-1987)*, Frankfurt a.M.: Lang
- Kindermann, Gottfried-Karl (1994), *Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik*, München: Olzog
- Ko, Jong-hwan (1998), „Ist das asiatische Wirtschaftswunder zu Ende? Wege aus der Krise“, Frankfurt a.M. (unv. Ms.)
- Kookmin Ilbo* (koreanische Tageszeitung)
- Korea-Zeitung* (1980), „Die Tragödie von Kwangju“, Hamburg: Evangelisches Missionswerk (im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West) e.V., Juni 1980
- o.V. (1980a), „Kwangju im Blutmai 1980 – Massaker im Namen der ‚nationalen Sicherheit‘“, in: Rainer Werning (Hrsg.), a.a.O., S.66-74
- Lee, Young-hee (1998), *Spingsûi Ko* [Nase der Sphinx], Seoul: Kachisa
- Lienemann-Perrin, Christine (1992), *Die politische Verantwortung der Kirchen in Südkorea und Südafrika. Studien zur ökumenischen politischen Ethik*, München: Kaiser

- Luther, Hans Ulrich (1981), *Südkorea – (K)ein Modell für die Dritte Welt? Wachstumsdiktatur und abhängige Entwicklung*, München: Simon & Magiera
- Pascha, Werner (1996), *Korea. Eine Wirtschaft zwischen Aufbruch und Umbruch*, Mannheim: BI
- Pohl, Manfred (1986), „Republik Korea. Politik“, in: Rüdiger Machetzki und Manfred Pohl, *Republik Korea. Politik und Wirtschaft*, Berlin: VISTAS, S.9-64
- Pohl, Manfred (1988), „Südkorea 1987/88. Der schwierige Weg zur Demokratie“, in: *Jahrbuch Dritte Welt 1989. Daten, Übersichten, Analysen*, München: Beck, S.278-295
- Pohl, Manfred (1996), „Die südkoreanische Innenpolitik 1995/96“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 1996. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.52-69
- Pohl, Manfred (1997), „Die südkoreanische Innenpolitik. Schwerpunkte und Tendenzen“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 1997. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.19-40
- Pohl, Manfred (1998), „Die südkoreanische Innenpolitik. Schwerpunkte und Tendenzen“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.92-124
- Reichart, Thomas (1993), *Städte ohne Wettbewerb. Eine Untersuchung über die Ursachen der Ballung von Wirtschaft und Bevölkerung in Südkorea und in Kolumbien*, Bern: Haupt
- Scharnweber, Dieter (1997), *Die politische Opposition in Südkorea im Spannungsfeld von tradierter politischer Kultur und sozioökonomischer Entwicklung*, Landau: Knecht
- Schwarzacher, Lukas (1988), *Südkorea. Das bittere Wunder*, Göttingen: Lamuv
- Seywald, Manfred (1983), *Industrienation Südkorea. Eine aufstrebende Industriennation im Lichte ihres wirtschaftlichen und politischen Umfeldes*, Zürich: Organisator
- Song, Du-yul (1988), „Von Tonghak bis Kwangju. Marksteine der Entrechtung – Widerstand als Selbstfindung“, in: Rainer Werning (Hrsg.), a.a.O., S.16-23
- Song, Du-yul (1995), *Korea-Kaleidoskop. Aktuelle Kontexte zur Wiedervereinigung*, Osnabrück: secolo
- The Hankyoreh* (koreanische Tageszeitung)
- Werning, Rainer (1988), „Aufstieg und Niederlage des Chun-Regimes. Jahre des politischen Umbruchs (1980-1988)“, in: Rainer Werning (Hrsg.), a.a.O., S.75-108
- Werning, Rainer (Hrsg.) (1988), *Südkorea. Politik und Geschichte im Land der Morgenstille*, Köln: Pahl-Rugenstein
- Yi, Munyol (1999), *Der entstellte Held*, Bielefeld: Pendragon
- o.V. (1980b), „Zerfetzte Fahne. Ein Augenzeugenbericht über die Ereignisse in Kwangju zwischen dem 19. und 24. Mai 1980“, in: Gerhard Fritz und Kurt Scharf (Hrsg.), a.a.O., S.43-60

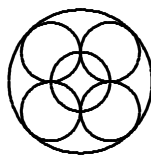
Patrick Köllner, Hrsg.

# KOREA 2000

**POLITIK  
WIRTSCHAFT  
GESELLSCHAFT**

mit  
Beiträgen  
von

Tim Goydke  
Huh Young  
Kim Man-su  
Patrick Köllner  
Heinrich Kreft  
Peter Mayer  
Park Byeung-Kwan  
Manfred Pohl  
Oliver Schramm  
Peter Tergeist  
Roland Wein

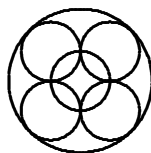


INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-243-3  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2000

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Textverarbeitung: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg





VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: [duei-dok@uni-hamburg.de](mailto:duei-dok@uni-hamburg.de)).